

Ethnie, Rohstoff, Not und äußere Interessen

*Bewaffnete Konflikte in Afrika 2026 — eine exemplarische Untersuchung und ihr
Abgleich mit den Aussagen des Tibeters*

Studienpapier

Vorwort: Anlage, Stichprobe und Methode

Diese Untersuchung nimmt zwölf bewaffnete Konflikte auf dem afrikanischen Kontinent in den Blick — Sudan, die Demokratische Republik Kongo, Niger/Sahel, Mosambik, Somalia, Nigeria, Äthiopien, Mali/Burkina Faso, die Zentralafrikanische Republik, Kamerun, Senegal und Libyen. Diese Auswahl ist exemplarisch, nicht erschöpfend: Je nach angelegtem Maßstab zählen Konfliktbeobachter weltweit zwischen 50 und 60 aktive bewaffnete Konflikte, mit einem auffällig hohen Anteil auf dem afrikanischen Kontinent selbst — nach manchen Zählungen mehr als 35 gleichzeitig laufende bewaffnete Konflikte allein in Afrika, von der Sahelzone bis zum Horn von Afrika. Die hier behandelten zwölf Fälle stehen damit stellvertretend für eine deutlich größere Grundgesamtheit vergleichbarer Krisen, nicht nur in Afrika, sondern weltweit. Was sich an den zwölf Beispielen an wiederkehrenden Mustern zeigt, darf deshalb als Hinweis auf eine breitere Struktur gelesen werden — nicht als vollständiges Bild, aber auch nicht als Zufallsbefund.

Die Ausgangsfrage der Untersuchung lautete: Seit wann, und mit welchem Anlass — auch wenn dieser Anlass nur ein Vorwand ist — sind Rohstoffe oder Nahrungsressourcen an bewaffneten Konflikten, Bürgerkriegen und Aufständen beteiligt? Maßgeblich für die Aufnahme eines Falls war dabei nicht die Bezeichnung (»Krieg«, »Aufstand«, »Bandenkriminalität«), sondern das tatsächliche Vorliegen bewaffneter Gewalt zwischen Gruppen.

Die Untersuchung verfährt in drei Schritten: Eine Aufstellung gibt den aktuellen Gewaltstatus und die religiöse Dimension jedes Falls auf einen Blick. Eine Detailbetrachtung arbeitet jeden Fall einzeln auf. Eine abschließende Einordnung verdichtet die zwölf Fälle zu übergreifenden Mustern und gleicht den so gewonnenen Status des Jahres 2026 mit Aussagen ab, die der Tibeter (D.K., über Alice Bailey) für die Zeit bis 2025 formuliert hat — einschließlich der von ihm benannten möglichen Folgen eines Scheiterns.

Wie bereits im vorangegangenen Studienpapier zu den Mechanismen des Kapitals gilt auch hier die methodische Trennung: Die empirischen Befunde werden eigenständig anhand dokumentierter Quellen entwickelt. Der Abgleich mit den Aussagen des Tibeters erfolgt erst am Ende, als bewusst gekennzeichnete eigene Ebene, nicht als Vermischung.

Die Aufstellung: Status der zwölf Konflikte

1. Bewaffnete Gewalt zwischen Gruppen — aktuell ja oder nein

- Sudan — ja, aktiv und hochintensiv. Bürgerkrieg SAF vs. RSF, Massaker von El Fasher Oktober 2025.
- DR Kongo — ja, aktiv. M23 hält Goma und Bukavu, Gefechte mit FARDC und Verbündeten dauern an.
- Niger/Sahel — ja, aktiv, mehrschichtig. Der Uran-Konflikt selbst ist juristisch-politisch; daneben läuft aktive dschihadistische Gewalt (JNIM, ISSP) mit Tausenden Toten jährlich.
- Mosambik — ja, aktiv. ISM führt fortlaufend Angriffe, auch staatliche Kräfte (FADM) geüben Gewalt gegen Zivilisten.
- Somalia — ja, aktiv und sich verschärfend. Al-Shabaab hat seit der ATMIS-Abzugslücke Ende 2025 mehrere Distrikte zurückerobert.
- Nigeria — ja, aktiv an mehreren parallelen Schauplätzen (ISWAP, Farmer-Hirten-Gewalt, Banditentum).
- Äthiopien — ja, aktiv an mehreren Fronten (Tigray, Amhara/Fano, Oromia/OLA).
- Mali/Burkina Faso — ja, aktiv und eskalierend; große Offensiven von JNIM und der Azawad-Befreiungsfront im April 2026.
- Zentralafrikanische Republik — ja, mit neuer ethnischer Eskalation trotz Entwaffnungsabkommen vom Juli 2025.
- Kamerun — ja, anhaltend seit 2016/17 (Anglophone-Krise), mit fortgesetzten Angriffen bis Februar 2026.

- Senegal — nein, faktisch beendet. Friedensabkommen vom Februar 2025 mit fortschreitender Entwaffnung.
- Südsudan — ja, akut eskalierend seit Ende Dezember 2025, Rückfall in den Vollkrieg.
- Libyen — nein im engeren Sinn. Eingefrorener Konflikt mit aktiver politischer Krise, keine großflächigen Kampfhandlungen seit 2020.

2. Religiöse Dimension — zentral, nachrangig oder nicht von Bedeutung

- Sudan — vorhanden, aber sekundär. Religiös camoufliert als ethnischer Überlegenheitsanspruch (arabisch vs. nicht-arabisch); Islamismus als Erbe des Bashir-Regimes; Kirchen als Kollateralziel.
- DR Kongo — Doppelstruktur, getrennt. M23 religiös neutral (ethnisch/geopolitisch); ADF als eigenständige, klar islamistische Gruppe (IS-Treue) im selben Raum.
- Niger/Sahel — ja, zentral. Religion ist die explizite Hauptachse der Gewalt selbst; der Uran-Konflikt läuft separat.
- Mosambik — vorhanden, aber nachrangig. Religiöse Rahmung über primär sozioökonomische Ursache gelegt.
- Somalia — ja, zentral, mit eigenem Ursprung (al-Qaida-Affiliate), Clan-Marginalisierung als zusätzlicher Rekrutierungsfaktor.
- Nigeria — gemischt je Teilkonflikt: zentral im Nordosten (Boko Haram/ISWAP), überzeichnet im Middle Belt, nicht vorhanden im Nigerdelta/Südosten.
- Äthiopien — kaum von Bedeutung. Konfliktlinien sind ethnisch-politisch, nicht religiös.
- Mali/Burkina Faso — ja, zentral, mit eigenständiger innerjihadistischer Konkurrenz (JNIM vs. ISSP), die teils selbst ressourcenbasiert (Weiderechte) motiviert ist.
- Zentralafrikanische Republik — ja, gleichrangig mit der Ressourcenfrage verschmolzen — ein im Studienzeitraum einzigartiger Befund.
- Kamerun — nicht zentral in der Hauptlinie (Anglophone-Krise ist sprachlich-kolonial); religiös zentral nur im separaten Boko-Haram-Nebenkrieg im Norden.

- Senegal — gemeinschaftsübergreifend statt trennend; MFDC-Führung konfessionell durchmischt (Christen, Muslime, Awasena).
- Südsudan — nicht von Bedeutung; die Konfliktlinie ist ethnisch (Dinka/Nuer), nicht religiös.
- Libyen — indirekt von Bedeutung über die externen Allianzen (VAE/Ägypten gegen politischen Islam, Katar/Türkei mit Nähe zur Muslimbruderschaft), nicht als innerlibysche Konfliktlinie selbst.

Quellen: ACLED; UCDP; Geneva Academy; Council on Foreign Relations Global Conflict Tracker; International Crisis Group; sowie die in der Detailbetrachtung einzeln ausgewiesenen Quellen.

Detailbetrachtung

1. Sudan — Rohstoff als Kriegskasse beider Seiten

Der Konflikt, der im April 2023 in Sudan entbrannte, begann als Machtkampf innerhalb der herrschenden Militärjunta zwischen General Abdel Fattah al-Burhan (Sudanesische Streitkräfte, SAF) und General Mohammed Hamdan Dagalo («Hemedti«, Rapid Support Forces, RSF). Schon vor Kriegsbeginn standen beide Fraktionen im Wettbewerb um die Goldvorkommen des Landes — der Kampf um die Kontrolle der Goldvermögen war einer der Treiber des Konflikts, nicht dessen Folge. Die RSF ist durch Goldminen-Einnahmen finanziell unabhängig; das meiste sudanesische Gold landet, direkt oder über Nachbarländer, in den Vereinigten Arabischen Emiraten, die als Finanzzentrum für beide Kriegsparteien dienen.

Das Ausmaß: Bis zu 400.000 Tote, über 12 Millionen Vertriebene — die weltweit größte Vertreibungskrise. Das Massaker von El Fasher nach dessen Fall im Oktober 2025 gilt Forschern als die größte Massentötung des 21. Jahrhunderts. Die religiöse Dimension ist vorhanden, aber der ethnischen Hauptachse (arabisch vs. nicht-arabisch) untergeordnet — beide Kriegsparteien sind mehrheitlich muslimisch; eine islamistische Unterströmung (das Erbe des Bashir-Regimes) läuft als eigene Schicht mit, ebenso die Zerstörung von Kirchen als Kollateralschaden.

Quellen: Council on Foreign Relations Global Conflict Tracker; UN-Sicherheitsrat-Berichte; WHO/UNICEF Lageberichte Januar 2026; Reuters.

2. DR Kongo — Globale Lieferketten-Verstrickung mit ungeklärtem Erklärungsstreit

Die Region der Großen Seen liefert 30 Prozent des weltweiten Coltans. Die M23 kontrolliert seit April 2024 die Rubaya-Minen und erhebt Steuern auf monatlich rund 120 Tonnen Coltan, die über Ruanda exportiert und damit faktisch reingewaschen werden — verkaufbar an Abnehmer, die formal zu konfliktfreiem Bezug verpflichtet sind. Ruanda hat seine Mineralexporte zwischen 2022 und 2023 von 772 Millionen auf 1,1 Milliarden Dollar gesteigert, während die DR Kongo nach eigenen Angaben fast eine Milliarde Dollar durch geschmuggelte Rohstoffe verliert.

Ein Teil der Fachliteratur warnt jedoch ausdrücklich davor, die ökonomische Erklärung zu verabsolutieren: Die Rubaya-Übernahme kam mehr als zwei Jahre nach Beginn des Aufstands und kann daher nicht dessen unmittelbarer Auslöser sein. Der tiefer liegende ethnische Konflikt zwischen Bantu-Bauern und nilotischen Hirten reicht bis zum Völkermord in Ruanda 1994 zurück. Religiös zeigt sich eine Doppelstruktur: M23 selbst ist religiös neutral, während die ADF — eine eigenständige, dem IS treue Gruppe — das durch M23 ausgelöste Sicherheitsvakuum für eigene, explizit religiös motivierte Angriffe nutzt, etwa auf Kirchen in der Provinz Ituri.

Quellen: Council on Foreign Relations; UN-Expertengremium DR Kongo; Global Witness; Reuters.

3. Niger/Sahel — Souveränitätssymbol und parallele religiöse Gewalt

Der Putsch von 2023 in Niger und der Bruch mit Frankreich eröffneten der Junta die Gelegenheit, Uran als Symbol einer umfassenderen Beschwerde zu präsentieren. Im Juni 2025 wurde die Mine Somair nationalisiert, rund 1.150 Tonnen Uran beschlagnahmt. Das erhoffte Ergebnis blieb jedoch aus: Das Uran liegt größtenteils unverkauft, physisch eingeschlossen und rechtlich eingefroren — auch der neue Partner Russland bezieht sein Uran inzwischen leise von anderswo, und ein ICSID-Tribunal der Weltbank untersagte Niger den Verkauf, bis über Oranos Ansprüche entschieden ist.

Der Uran-Konflikt selbst verläuft gewaltfrei zwischen Staat und Konzern, doch im selben Raum operiert eine völlig eigene, hochintensive religiöse Gewalt: JNIM und ISSP verzeichneten zwischen Januar und Dezember 2025 in der Sahelregion 3.737 Sicherheitsvorfälle mit 9.362 Toten. JNIM rekrutiert gezielt unter marginalisierten Fulani-

Hirten und Tuareg-Separatisten und nutzt bestehende Hirten-Bauern-Spannungen, um soziale Risse zu vertiefen und durch Rachezyklen zu rekrutieren — Ethnie wird hier bewusst als Vehikel für eine religiöse Bewegung instrumentalisiert, nicht umgekehrt.

Quellen: ICSID; Reuters; ACLED Sahel-Daten 2025/26; Le Monde.

4. Mosambik — Ressourcenerschließung als Auslöser durch Verdrängung

Die Gewalt in Cabo Delgado ist eng mit der Entdeckung und Erschließung der dortigen Gasreserven verknüpft. Lokale Gemeinschaften profitierten nicht von den Gasprojekten, während die Regierung Gemeindeland enteignete und den Zugang zum Meer für den Fischfang einschränkte — diese Verdrängung trug zur Radikalisierung der lokalen Bevölkerung bei. Mehr als 6.100 Menschen wurden seit Beginn des Aufstands getötet, über 2,3 Millionen vertrieben; TotalEnergies' 20-Milliarden-Dollar-LNG-Projekt wurde auf mindestens 2030 verschoben.

Die religiöse Rahmung der Gruppe Ansar al-Sunna (»korrumpierter Islam«) gilt Analysten als nachrangig gegenüber den eigentlichen Ursachen — Arbeitslosigkeit und Ungleichheit. Eine zusätzliche, sich selbst verstärkende Dynamik: wahllose Angriffe der eigenen Streitkräfte (FADM) auf zivile Fischerboote schüren weiteren Widerstand gegen den Staat.

Quellen: Wikipedia, Insurgency in Cabo Delgado; European Center for Constitutional and Human Rights; UNHCR.

5. Somalia — Ressource als nachgelagerte Überlebensfinanzierung

Anders als in den vorherigen Fällen entstand al-Shabaab nicht aus einer Rohstofffrage, sondern aus dem Staatszerfall nach 1991. Die Ressource (Holzkohle) wurde erst sekundär zur tragenden Finanzierungsstruktur: geschätzte 100 bis 200 Millionen Dollar jährlich aus Besteuerung, Erpressung und Holzkohleexporten, womit al-Shabaab als finanziell ertragreichste Gruppe im gesamten al-Qaida-Netzwerk gilt. Eine ökologische Rückkopplungsschleife verschärft die Lage: Dürre treibt verzweifelte Hirten in die Holzkohleproduktion, diese verstärkt die Entwaldung, die wiederum künftige Dürren begünstigt — am Ende der Kette finanziert sich eine Aufstandsbewegung, deren ideologischer Ursprung genuin jihadistisch ist, nicht ökonomisch.

Seit dem Abzug der Afrikanischen Übergangsmision (ATMIS) Mitte 2025 rückte al-Shabaab rasch in die entstandene Lücke vor und eroberte bis Ende 2025 mindestens fünf Distrikte zurück.

Quellen: Combating Terrorism Center, West Point; Climate-Diplomacy Fallstudie Somalia; UN-Sicherheitsrat.

6. Nigeria — Mehrfachkonflikt-Koexistenz ohne einheitliche Achse

Nigeria trägt zugleich mehrere, weitgehend eigenständige Konfliktarchitekturen: Boko Haram/ISWAP im Nordosten (religiös-jihadistisch), den Farmer-Hirten-Konflikt im Middle Belt (ressourcenbasiert, ethno-religiös gerahmt), den Ölkonflikt im Nigerdelta (klassische Ressourcenfrage ohne religiöse Komponente) und Sezessionsbewegungen im Südosten (IPOB) und Südwesten (politisch, ohne Rohstoffbezug).

Methodisch zentral ist ein Befund zum Middle Belt: Die Gleichsetzung der überwiegend muslimischen Fulani-Gewalt gegen überwiegend christliche Farmer mit dschihadistischer Gewalt hat zu Fehlwahrnehmungen eines vermeintlichen »christlichen Genozids« geführt; die Forschung selbst stuft diese Gleichsetzung in den meisten Jahren als irreführend ein — eine Mahnung zur Vorsicht gegenüber naheliegenden religiösen Rahmungen, die auch für die übrigen Fälle dieser Untersuchung gilt.

Quellen: Atlantic Council; Small Wars Journal; Human Rights Watch World Report 2025; The Soufan Center.

7. Äthiopien — Politisch-ethnischer Machtkonflikt ohne dominante Ressourcenachse

Äthiopien ist föderal nach ethnischen Regionen gegliedert — Ethnizität ist hier nicht nur Konfliktlinie, sondern das verfassungsmäßige Organisationsprinzip des Staates selbst. Der Tigray-Krieg (2020–2022) tötete laut Schätzung der Afrikanischen Union rund 600.000 Zivilisten; trotz des Pretoria-Friedensabkommens von 2022 brachen Ende Januar 2026 erneut Kämpfe aus. Parallel bestehen der Amhara-Fano-Konflikt (mindestens 7.700 Tote zwischen April 2023 und April 2025) und der Oromia-OLA-Konflikt fort — drei eigenständige ethnische Konfliktlinien im selben Staat.

Ressourcenknappheit (Dürre, veränderte Wandermuster der Hirten) wirkt als chronischer Verstärker im Hintergrund, ist aber nicht die strukturierende Ursache. Religion spielt

praktisch keine Rolle; das Land ist konfessionell gemischt, ohne dass diese Linie den Konflikt strukturiert. Äthiopien ist damit der klarste Gegenbeweis zur Ausgangshypothese dieser Untersuchung.

Quellen: The Conversation; Global Centre for the Responsibility to Protect; International Crisis Group; UK Home Office Country Policy Note 2025.

8. Mali/Burkina Faso — Erpressung und Transitblockade statt Eigentumskontrolle

Mali ist einer der größten Goldproduzenten Afrikas, doch Gold wird hier nicht in erster Linie als Eigentum kontrolliert, sondern über Geiselnahme und Erpressung monetarisiert: JNIM entführte im April 2026 vier chinesische Staatsangehörige aus einer Goldmine, griff im Januar 2026 eine weitere Mine an. Wirkmächtiger noch ist die Blockade-Strategie: Durch die Belagerung Bamakos und die Verhinderung des Treibstofftransits hat JNIM öffentliche Dienstleistungen gestört und den Staat selbst unter Druck gesetzt.

Selbst die innerjihadistische Aufspaltung (JNIM vs. ISGS) geht teilweise auf Landstreitigkeiten zurück — ein direkter Beleg dafür, dass Ressourcenfragen (hier: Weiderechte) sogar die religiöse Fragmentierung selbst mitprägen. Am 25. April 2026 startete die separatistische, nicht-religiöse Azawad-Befreiungsfront zusammen mit JNIM eine Großoffensive — ein taktisches Bündnis zwischen ethno-nationalistischer und religiöser Bewegung, das die Instabilität solcher Allianzen verdeutlicht. Burkina Faso verzeichnete in den ersten acht Monaten 2024 über 6.000 dschihadistisch bedingte Opfer — Rekordniveau seit 2015.

Quellen: Atlas Institute for International Affairs; Wikipedia, Mali War; Counter Extremism Project.

9. Zentralafrikanische Republik — Symmetrische Doppelausbeutung mit gleichrangiger Religionsverschmelzung

Nach dem Séléka-Putsch 2013 nutzten bewaffnete Gruppen Gewalt, um sich Zugang zu diamantenreichen Gebieten zu verschaffen; bis zu 300.000 Menschen hängen direkt von der Diamantenindustrie ab. Die ursprüngliche Séléka-Beschwerde war konfessionell (Ausgrenzung der muslimischen Bevölkerung); die als Vergeltung entstandene Anti-Balaka-Bewegung formulierte ihr Ziel explizit als Doppelziel: Vertreibung der Séléka, um Kontrolle über Ressourcen zu erlangen, UND Auslöschung islamischer Riten — eine im

Studienzeitraum einzigartige Gleichrangigkeit von Ressourcen- und Religionsziel im selben strategischen Programm.

Die 2013 verhängte Suspendierung vom Kimberley-Prozess (zur Eindämmung konfliktfinanzierten Diamantenhandels) führte nicht zur Entwaffnung, sondern zur Verlagerung in den Schmuggel — der UN-Expertenausschuss stellte fest, dass selbst die staatliche Ankaufstelle Sodiam unbeabsichtigt Anti-Balaka-Mitglieder mitfinanzierte. Trotz Entwaffnungsabkommen vom Juli 2025 warnt der UN-Expertenausschuss vor neuen, koordinierten Angriffen auf die Fulani-Gemeinschaft — eine Wiederholung des Sahel-Verfolgungsmusters in anderem Kontext, mit russischer Söldnerbeteiligung.

Quellen: International Relations Review; Global Witness; IMCTC; Global Centre for the Responsibility to Protect.

10. Kamerun — Koloniales Sprach- und Verwaltungserbe als Hauptlinie, ohne Rohstoff als Auslöser

Die Anglophone-Krise wurzelt in der Marginalisierung der englischsprachigen Minderheit (20 Prozent der Bevölkerung) durch die französischsprachig dominierte Zentralregierung, mit Wurzeln in der Kolonialteilung von 1919–1961. Ressourcenabfluss (insbesondere Öl) wird als Beschwerdepunkt genannt, ist aber Symptom der Marginalisierungserzählung, nicht ihr Auslöser. Mehr als 6.500 Menschen wurden seit 2016 getötet; Präsident Biya lehnte 2025 einen Vermittlungsversuch früherer afrikanischer Staatschefs ab.

Ein zweiter, kleinerer Konflikt im Norden des Landes (Boko Haram) folgt direkt dem religiös zentrierten Sahel-Muster über die Grenze. Eine separate Entdeckung zu massivem Goldschmuggel über Dubai (44 Tonnen zwischen 2021 und 2025, gegen offiziell deklarierte 148 Kilogramm) zeigt zudem ein von der Anglophone-Krise weitgehend unabhängiges Korruptionsproblem.

Quellen: Global Centre for the Responsibility to Protect; BTI 2026 Country Report Cameroon; International Crisis Group; Cameroon Intelligence Report.

11. Senegal/Casamance — Wandel der Triebkraft über vier Jahrzehnte

Der älteste noch laufende Separatismuskonflikt Westafrikas (seit 1982) zeigt eine vom Forscher Wagane Faye beschriebene doppelte Selbsterneuerung: von einer auf populärer Beschwerde basierenden Bewegung in den 1980ern über eine Stellvertreterkraft benachbarter Länder in den 1990ern zu einer ressourcengetriebenen Bewegung nach der

Jahrtausendwende, finanziert durch Cannabis- und Holzschmuggel nach China. Am 25. Februar 2025 unterzeichnete die senegalesische Regierung — unter dem ehemaligen Ziguinchor-Bürgermeister Ousmane Sonko als Premierminister — ein Friedensabkommen mit dem MFDC.

Religion spielt eine ungewöhnliche, integrative Rolle: Die MFDC-Führung war stets konfessionell durchmischt (Katholiken, Muslime, Anhänger der Jola-Religion Awasena) — ein gemeinschaftsübergreifendes Identitätselement statt einer trennenden Konfliktlinie. Über vierzig Jahre kostete der Konflikt über 5.000 Menschenleben; Landminen forderten zwischen 1988 und 2023 weitere 870 Todesopfer.

Quellen: GlobalSecurity.org; Foreign Policy; ISS Africa; Wikipedia, Movement of Democratic Forces of Casamance.

12. Südsudan — Ölrenten als ethnisches Verteilungsinstrument

Südsudan ist die exakte Komplementärstruktur zu Sudan: Statt zwei unabhängig finanzierter Kriegsparteien konzentriert sich hier die Ressource (Öl, rund 90 Prozent der Staatseinnahmen) in den Händen einer einzigen Regierungsfraktion, die sie als ethnisches Patronageinstrument nutzt — dinka-dominierte Streitkräfte kontrollieren die Ölfelder, während Nuer-Gruppen systematisch ausgeschlossen werden. Der erste Bürgerkrieg (2013–2018) tötete rund 400.000 Menschen; seit Ende Dezember 2025 ist das Land in einen neuen Bürgerkrieg zurückgefallen, mit rund 280.000 neu Vertriebenen.

Eine direkte Verschränkung mit dem Sudan-Krieg ist ökonomisch messbar: Die Unterbrechung der Ölpipelines durch sudanesisches Kriegsgebiet hat Südsudans Exporte um rund zwei Drittel sinken lassen und eine schwere Liquiditätskrise ausgelöst. Beide Nachbarkonflikte destabilisieren sich damit gegenseitig.

Quellen: Council on Foreign Relations; Egmont Institute; International Crisis Group; The Soufan Center.

13. Libyen — Eingefrorener Stellvertreterkonflikt als stabiler Zustand

Libyen zeigt eine Endstufe, die in keinem der übrigen Fälle erreicht wird: Der Konflikt ist nicht mehr akut gewalttätig, sondern hat sich zu einer institutionalisierten Teilung verfestigt — die Regierung der Nationalen Einheit in Tripolis (türkisch unterstützt) gegen Haftar's Libysche Nationalarmee im Osten (unterstützt von Russland, den VAE und Ägypten). Beide

Verwaltungen zweigen Öleinnahmen in die eigene Tasche ab, statt um deren Kontrolle zu kämpfen — was den Anreiz zur Wiedervereinigung verringert, statt ihn zu erhöhen.

Ausländische Mächte sichern aktiv ab, dass keine Fraktion dominiert, weil ein geteiltes, aber stabiles Libyen für die meisten externen Akteure bequemer ist als ein vereintes Land mit eigener Agenda. Ein UN-Expertenbericht vom März 2026 dokumentiert anhaltende Verstöße gegen das Waffenembargo über die VAE, mit stillschweigender Duldung durch europäische Akteure aus Furcht vor neuen Migrationswellen.

Quellen: Defcon Level; Council on Foreign Relations; Foreign Affairs; Arab Center DC; Congressional Research Service.

Querschnittliche Einordnung

1. Die Schichtung: Ethnie, Rohstoff, Verteilungsnot, äußere Interessen

Die zwölf Fälle lassen sich nicht durch eine einzelne Ursache erklären, doch eine wiederkehrende Schichtung zeigt sich in neun der zwölf Fälle deutlich: An der Wurzel steht meist eine ethnische Bruchlinie, die oft Jahrhunderte älter ist als jede moderne Rohstofffrage — arabisch/nicht-arabisch in Sudan, Dinka/Nuer in Südsudan, Bantu/Tutsi in der DR Kongo, die Reichsstruktur aus Tigray/Amhara/Oromo in Äthiopien, die Marginalisierung der Tuareg in Mali, vorkoloniale Gruppenidentitäten in der Zentralafrikanischen Republik.

Rohstoff dockt an diese bestehende Linie an, verstärkt und monetarisiert sie: Coltan finanziert eine vorbestehende Spannung im Kongo, Öl wird in Südsudan zum Verteilungsinstrument entlang einer schon bestehenden Rivalität, Gold finanziert in Sudan einen Konflikt, dessen tiefste Wurzel die jahrhundertealte Hierarchie in Darfur ist. Ungerechte Verteilung und Not wirken als zusätzlicher Mobilisierungshebel, nicht als Ursprung: Verdrängung durch Gasprojekte in Mosambik, Jugendarbeitslosigkeit im Sahel — die Not allein hätte vermutlich keine bewaffnete Mobilisierung erzeugt, sie macht die Mobilisierung entlang der bereits vorhandenen Linie nur leichter. Äußere Interessen und Gewinnstreben treten als letzte, additive Schicht hinzu — die VAE in Sudan und Libyen, Russland in Mali, der Zentralafrikanischen Republik und Libyen, Katar und die Türkei in Somalia und Libyen, China als Abnehmer in Senegal und im Kongo. Keiner dieser äußeren

Akteure hat die ursprüngliche Spaltung erzeugt; sie nutzen und verlängern eine bereits bestehende Konfliktarchitektur für eigene Zwecke.

Zwei Fälle weichen von dieser Schichtung ab und schärfen sie gerade dadurch: Kamerun zeigt eine koloniale statt vorkolonialen Bruchlinie (die Sprachgrenze von 1919–1961), Niger eine Staat-gegen-Ex-Kolonialmacht-Konfrontation statt einer ethnischen Kernlinie. Beide bestätigen indirekt die Grundregel: Wo keine alte ethnische Linie vorliegt, tritt eine andere, ebenfalls historisch tief verwurzelte Bruchlinie an ihre Stelle — nie aber Rohstoff oder äußeres Interesse allein.

2. Die methodische Selbstkorrektur als Leitgedanke

Mehrfach — bei Nigerias Middle Belt, bei der M23-ADF-Unterscheidung im Kongo — warnte die Fachliteratur selbst davor, eine naheliegende Rahmung unkritisch zu übernehmen. Das ist kein Zufall, sondern ein wiederkehrendes Strukturmerkmal: Die einfachste verfügbare Erzählung — Rohstoffkrieg, Religionskrieg — ist fast immer die meistverbreitete, aber selten die vollständige. Diese Selbstkorrektur gilt auch für die vorliegende Untersuchung: Keiner der zwölf Fälle lässt sich auf eine einzige Ursache reduzieren, ohne etwas Wesentliches zu verlieren.

3. Die Bevölkerungsdimension

Die abstrakten Mechanismen gewinnen erst durch ihre menschliche Dimension Gewicht. Allein für Sudan werden 2026 rund 33,7 Millionen Menschen humanitäre Hilfe benötigen — etwa zwei Drittel der Landesbevölkerung. Für die DR Kongo sind es 25,8 Millionen von akuter Ernährungsunsicherheit Betroffene, für Südsudan 10 von 14 Millionen Einwohnern, die Nahrungsmittelhilfe brauchen. Für die Sahelregion insgesamt werden 55 Millionen Menschen in der Magerzeit Juni–August 2026 Hungerkrise oder Schlimmeres erleben.

Eine vorsichtige, notwendig grobe Gesamtschätzung — mit dem ausdrücklichen Hinweis auf das Risiko von Doppelzählungen bei grenzüberschreitenden Vertriebenenbewegungen — ergibt für die zwölf hier behandelten Konflikte zusammen eine Größenordnung von etwa 100 bis 150 Millionen unmittelbar humanitär betroffenen Menschen. Das entspricht ungefähr der Einwohnerzahl Deutschlands, Frankreichs und Spaniens zusammen. Auf dem gesamten afrikanischen Kontinent sind über 40 Millionen Menschen gewaltsam vertrieben

— mehr als die Bevölkerung von Angola, Ghana oder Marokko —, und weltweit leben über 204 Millionen Menschen in Gebieten unter voller oder umstrittener Kontrolle bewaffneter Gruppen, außerhalb der Reichweite staatlicher Institutionen und Grundversorgung.

Da die zwölf hier untersuchten Fälle, wie eingangs erläutert, nur einen Ausschnitt von weltweit rund 50 bis 60 vergleichbaren aktiven Konflikten darstellen, liegt die tatsächliche globale Gesamtzahl betroffener Menschen noch erheblich höher als die hier berechnete Teilsumme.

Schlussabgleich: Der Status 2026 und die Aussagen des Tibeters für die Zeit bis 2025

Der Tibeter benennt für die Zeit bis 2025 zwei sich ausschließende Wege. Auf der einen Seite steht das Prinzip des Miteinander-Teilens als der absolut richtunggebende Leitgedanke einer neuen Zivilisation, in der die natürliche Fülle der Erde der ganzen Menschheit gehört und wirtschaftliche Gerechtigkeit Konkurrenzkämpfe beendet. Auf der anderen Seite steht das, was er ohne Umschweife als kapitalistische Habgier und Ausbeutung bezeichnet — eine ausgesprochene Bedrohung für den Weltfrieden, solange es »besitzende« und »darbende« Nationen gibt.

Die zwölf hier untersuchten Konflikte erlauben eine nüchterne Standortbestimmung, welcher der beiden Wege 2026 tatsächlich beschritten wird.

Wo der Status 2026 steht

Von den vom Tibeter genannten Bedingungen für Frieden — eine Wirtschaftsgemeinschaft der Nationen, die Rohstoffquellen kontrolliert und ein kluges Verteilungssystem schafft — ist in den untersuchten Fällen keine einzige verwirklicht. Im Gegenteil: Wo eine internationale Norm zur gerechteren Verteilung tatsächlich existierte — der Kimberley-Prozess für Diamanten in der Zentralafrikanischen Republik, das UN-Waffenembargo für Libyen, die UN-Resolution gegen somalischen Holzkohlehandel — wurde sie in allen drei Fällen durch Schmuggel, Umdeklarierung oder stillschweigende Duldung externer Akteure unterlaufen. Die kapitalistische Habgier, vor der der Tibeter warnt, zeigt sich konkret und dokumentiert: in der Zentralisierung von Ölrenten zugunsten einer einzigen ethnischen

Gruppe in Südsudan, in der Verteilung libyscher Öleinnahmen in private Kassen statt an die Staatskasse, in der gezielten Anwerbung verzweifelter Bevölkerungsgruppen durch bewaffnete Akteure von Mali bis Mosambik.

Die »besitzenden« und »darbenden« Nationen, die der Tibeter als unvereinbar mit dauerhaftem Frieden bezeichnet, lassen sich an der hier ermittelten Bevölkerungszahl von 100 bis 150 Millionen unmittelbar betroffenen Menschen direkt ablesen — nicht als abstrakte Kategorie, sondern als gezählte Menschen ohne gesicherten Zugang zu Nahrung, Wasser oder Sicherheit, während an anderer Stelle desselben Kontinents Goldschmuggelwege nach Dubai, Coltan-Lieferketten nach Asien und Öleinnahmen in privaten Konten unangetastet weiterlaufen.

Die Eskalationsstufen des Tibeters im Lichte des Befunds

Der Tibeter benennt vier mögliche Folgen eines Scheiterns, und es ist möglich, den hier ermittelten Status diesen vier Stufen zuzuordnen, ohne die Unterschiede zwischen ihnen zu verwischen.

- Die erste, extremste Stufe — ein vernichtender Weltkrieg und physische Auslöschung — ist nach dem hier vorgelegten Befund nicht erreicht. Keiner der zwölf Konflikte hat sich zu einem globalen Krieg zwischen Großmächten ausgeweitet, auch wenn die Verschränkung externer Akteure (VAE, Russland, Türkei, Katar, China) in praktisch jedem Fall real und dokumentiert ist.
- Die zweite Stufe — eine neue Leidenszeit mit allgemeiner Disziplinierung — trifft den ermittelten Status hingegen präzise. Die Zahlen sprechen für sich: über 40 Millionen gewaltsam vertriebene Afrikaner, mehrere Bürgerkriege, die bereits Jahrzehnte andauern (Senegal vierzig Jahre, Kamerun acht Jahre, Sudan in seiner zweiten großen Ausprägung), und mehrere Fälle (Südsudan, Mali) eines Rückfalls in frühere, bereits überwunden geglaubte Kriegszustände. Das ist exakt das Bild eines schmerzhaften Umwegs statt eines direkten Weges — eine Disziplinierung durch üble Erfahrung, nicht durch Einsicht.
- Die dritte Stufe — geistiger und mentaler Tod, eine Nacht, in der das Leben seinen Sinn verliert — lässt sich an einzelnen, besonders extremen Episoden der

Untersuchung wiedererkennen: am Massaker von El Fasher, das Forscher als größte Massentötung des 21. Jahrhunderts bezeichnen; an der expliziten Doppelzielsetzung der Anti-Balaka in der Zentralafrikanischen Republik, Ressourcenkontrolle UND religiöse Auslöschung zugleich zu betreiben; an Befehlen einzelner Milizführer in Südsudan, »keine Leben zu verschonen«. Diese Stufe ist nicht universell erreicht, aber lokal und punktuell bereits Realität.

- Die vierte Stufe — die Verschiebung der Offenbarung auf eine langsamere Methode, mit nur mühsam und schrittweise eingeführten Reformen — beschreibt vermutlich am treffendsten den Gesamtzustand, der aus den zwölf Fällen hervorgeht. Der einzige eindeutige Fortschritt der gesamten Untersuchung — das Friedensabkommen in der senegalesischen Casamance — brauchte vierzig Jahre und drei grundlegende Wandlungen der zugrunde liegenden Triebkraft, um zu gelingen. Das ist die langsame Methode in Reinform: mühsamer Fortschritt an einer einzigen Stelle, während sich an elf anderen Stellen desselben Kontinents die Lage gleichzeitig verschlechtert oder im besten Fall in einem eingefrorenen, ungelösten Zustand verharret, wie in Libyen.

Eine abschließende Einordnung

Der Tibeter hält fest, dass der göttliche Plan und der schließliche Triumph des Guten unausbleiblich und absolut sicher gelten — dass jedoch der Zeitfaktor durch den freien Willen der Menschheit selbst bestimmt wird. Der hier vorgelegte empirische Befund liefert dazu keine Widerlegung und keine Bestätigung im strengen Sinn, da über eine derartige Aussage keine empirische Prüfung möglich ist. Was sich jedoch präzise sagen lässt: Gemessen an den eigenen Kriterien des Tibeters — Wirtschaftsgemeinschaft statt Konkurrenz, Teilen statt Besitzstandswahrung, Verteilungsgerechtigkeit statt Habgier — bewegt sich die Welt des Jahres 2026, soweit es die hier untersuchten zwölf Fälle zeigen, nicht auf den ersehnten Weg zu, sondern verharret überwiegend auf dem Weg, den der Tibeter als Ursache von Spannung und Feindschaft bezeichnet. Die Menschheit hat, gemessen an diesem Maßstab, die in Aussicht gestellte Chance bis 2025 nicht ergriffen — mit der Konsequenz, die der Tibeter selbst als Folge eines solchen Versäumnisses benennt: nicht das Ende der Evolution, aber ihre Verzögerung, erkaufte durch selbstgeschaffenes

Karma in Form jenes Leids, das diese Untersuchung in Zahlen und Einzelschicksalen dokumentiert hat.